



© NiroDesign

Die EU: Wertegemeinschaft von unabdingbarem Wert für die Freien Berufe

Deutschland ist im Wahljahr mit vielen schwierigen Fragen und Entwicklungen konfrontiert. Die geopolitische Lage bleibt angespannt. Der Krieg in der Ukraine, der weiterhin verheerende Auswirkungen auf die gesamte europäische und globale Stabilität hat, mahnt uns an die Zerbrechlichkeit des Friedens. Gleichzeitig erleben wir in den USA einen Anstieg nationalistischer Strömungen, die an den Grundwerten von Demokratie, Freiheit und Solidarität rütteln.

In diesen Zeiten ist es wichtiger denn je, die europäischen Werte und die Idee einer vereinten, friedlichen und solidari-schen Gemeinschaft zu bewahren. Europa steht in der Verantwortung, sich nicht nur als Wirtschaftsraum zu begreifen, sondern als ein Raum, in dem Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen hochgehalten werden. Die Stärke Europas zeigt sich nicht nur in wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen, sondern auch im täglichen Engagement für eine gerechte und offene Gesellschaft.

Die Freien Berufe stehen für ein Europa, das von gegenseitigem Respekt, Solidarität und der Achtung der Vielfalt geprägt ist. Diese Prinzipien sind in der aktuellen politischen Lage von besonderer Bedeutung – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Es gilt, sich als europäische Gemein-

schaft solidarisch zu zeigen, nicht nur mit den Menschen in der Ukraine, sondern auch mit all denjenigen, die unter Armut, Flucht und Ungerechtigkeit leiden.

Gerade in solchen Zeiten dürfen wir nicht nachlassen, für die Werte einzutreten, die Europa stark gemacht haben: Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und der soziale Zusammenhalt. Die Europäische Union ist als Wirtschaftsraum von zentraler Bedeutung in der globalen Weltordnung. Aber sie ist darüber hinaus weit mehr als der Binnenmarkt. Sie ist eine demokratische Wertegemeinschaft und diese gilt es durch konstruktive Mitwirkung zu stärken und weiter auszubauen. Die Freien Berufe haben die Gemeinwohlorientierung als wichtigen Bestandteil der Selbstverwaltung in ihren Berufsrechten verbrieft. Diese gilt es auch im europäischen Kontext mit Leben zu füllen, indem wir den Dialog fördern, Netzwerke schaffen und konkrete Lösungen entwickeln, die den Herausforderungen unserer Zeit begegnen.

Nina Lucia Twardy leitet die Stabsstelle KI und Europarecht im Berliner Büro des BFB.

Andreas Müller leitet das Brüsseler Büro des BFB.

Was sollten aus Ihrer Sicht die Prioritäten der für Juni 2025 zu erwartenden neuen Binnenmarktstrategie sein? „der freie beruf“ fragt Abgeordnete aus dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments.



Dr. Andreas Schwab MdEP (EVP/CDU) ist binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

„Als Europäer müssen wir in diesem angespannten geopolitischen Kontext unbedingt den Binnenmarkt verteidigen und dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten diesen Binnenmarkt offen halten, weil wir nur so unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern können. Es ist unsere Aufgabe, in dieser neuen Legislaturperiode deutlich darüber nachzudenken und dann auch zu handeln, wie wir das, was uns verbindet, vertiefen und intensivieren können – auch über die Interessen einiger Mitgliedstaaten hinweg. Dadurch könnte die Resilienz Europas, vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen Wohlstandsketten, deutlich gestärkt werden.“

Der Binnenmarkt ist noch lange nicht vollendet, vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Hierauf muss ein Schwerpunkt der zu erwartenden neuen Binnenmarktstrategie liegen. Freie Berufe sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in diesem Bereich sowie ein zentraler Pfeiler des Exzellenzstandorts Europa. Qualifizierte Fachkräfte und hochqualitative Dienstleistungen stärken hier Europa im globalen Wettbewerb.

Vor diesem Hintergrund gilt es, immer wieder aufs Neue den Mehrwert freiberuflicher Strukturen hervorzuheben und auf ein gemeinsames Verständnis der Freiberuflichkeit auf EU-Ebene hinzuwirken sowie sich für eine europäische Gesetzgebung einzusetzen, die den Erhalt der bestehenden Berufsrechte in Deutschland erlaubt. Wir werden uns im Europäischen Parlament dafür einsetzen.“



Christian Doleschal MdEP (EVP/CSU) ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

„Mit 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern und über 23 Millionen Unternehmen ist der EU-Binnenmarkt das Rückgrat unserer Wirtschaft. Doch er wird weiterhin durch zahlreiche Hindernisse gebremst – ein Defizit, das die Europäische Kommission in ihrem Jahresbericht vom Januar 2025 selbst klar benannt hat. Trotz stabiler Investitionsausgaben, reger Forschungstätigkeit und eines umfangreichen Talentpools fällt es europäischen Unternehmen schwer, zu expandieren. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bleiben hinter denen in China und den USA zurück, die Digitalisierung kommt nur schleppend voran und bürokratische Hürden belasten vor allem unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen.“

Hohe Energiepreise und die Dekarbonisierung von Industrie und Energiesystemen beeinträchtigen unsere Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich. In der für Juni 2025 erwarteten EU-Binnenmarktstrategie wünsche ich mir daher einen klaren Fokus auf den Bürokratieabbau, wie es die EU-Kommission auch in ihrem kürzlich veröffentlichten Wettbewerbskompass angekündigt hat: 25 Prozent weniger Berichtspflichten für alle Unternehmen und 35 Prozent weniger für KMUs. Gleichzeitig müssen wir unsere strategischen Abhängigkeiten und marktverzerrende Überkapazitäten in Drittstaaten konsequent im Blick behalten. Europa braucht jetzt mutige Schritte, um seinen Binnenmarkt zukunftsfest zu machen.“



Marion Walsmann MdEP (EVP/CDU) ist Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

„Wirtschaftswachstum ist in der Europäischen Union das Gebot der Stunde. Die Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit und die Vertiefung des europäischen Binnenmarkts gehören in dieser Legislaturperiode nicht umsonst zu den politischen Top-Prioritäten. Der Erfolg der kommenden EU-Binnenmarktstrategie ist dabei vor allem mit zwei Aspekten verknüpft: einer umsichtigen Reform der Gesetzgebungsverfahren sowie einer gezielten Weiterentwicklung des Binnenmarkts.

Die EU muss die Vollendung des Binnenmarkts in all seinen Facetten als vorrangiges politisches Ziel verfolgen. Neue Vorschriften sollten darauf abzielen, grenzüberschreitende Geschäftstätigkeiten zu erleichtern, wie auch die enge Verbindung zwischen dem Dienstleistungssektor und der Industrie stärker zu berücksichtigen. Hierbei sind sowohl die Mitgliedstaaten als auch die EU gefragt: So sind etwa sowohl die vollständige Umsetzung der verabschiedeten EU-Dienstleistungsrichtlinie als auch eine erleichterte Entsendung von Fachkräften unverzichtbar.

Darüber hinaus ist eine effizientere Rechtsetzung erforderlich. Gesetzesinitiativen sollten auf einer fundierten Analyse ihrer Auswirkungen basieren, verbindlich auf ihre Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit geprüft werden und relevante Interessengruppen sollten systematisch konsultiert werden. Nur so kann die EU wieder ein dynamisches wirtschaftliches Umfeld schaffen, das Innovation, Wachstum und Wohlstand nachhaltig sichert.“



Dr. Katarina Barley (S&D/SPD) ist Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.

„In einen Binnenmarkt kann man sich nicht verlieben“, sagte Jacques Delors. Zugleich ist und bleibt der europäische Binnenmarkt das Herz der Europäischen Union. Er eröffnet wirtschaftliche Möglichkeiten und trägt dazu bei, dass Europa zu einer immer engeren Union zusammenwächst.

Die neue Binnenmarktstrategie 2025 muss nicht nur die Punkte identifizieren, an denen der Binnenmarkt noch enger und effizienter sein kann. Sie muss vielmehr Ziele formulieren, wie der Binnenmarkt uns helfen kann, die großen Zukunftsaufgaben zu bewältigen: den digitalen und nachhaltigen Wandel, europäische Souveränität und Wohlstand für alle. Hierfür gibt es einige Stellschrauben, die mir zentral scheinen. Wir müssen unsere Forschung und Entwicklung in Zukunftstechnologien stärken – Enrico Letta hat hier die Debatte über eine fünfte Grundfreiheit angestoßen. Um neue Ideen auch wirtschaftlich zu nutzen, brauchen wir eine funktionierende Kapitalmarktunion, in der öffentliche und private Gelder zusammen investieren.

Zugleich müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch besser ausgebildet sein und dort arbeiten und wohnen können, wo sie für sich ein gutes Leben sehen. Und wir müssen grenzüberschreitende Dienstleistungen wo möglich vereinfachen. Generell gilt es, störende Hindernisse und überbordende Bürokratie abzubauen – das erfordert ernsthafte politische Arbeit, keine Sonntagsreden. Und es darf gerade nicht auf Kosten von Qualität und Schutzstandards gehen. So kann der Binnenmarkt – mit Enrico Letta – das sein, was er sein soll: „much more than a market““



Anna Cavazzini MdEP (Grüne-EFA/Bündnis 90/Die Grünen) ist Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

„Gleichzeitig stellt die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten die globalen Lieferketten und den europäischen Außenhandel vor weitere Herausforderungen. Hinzu kommt, dass die Klimakrise Produktions- und Konsummuster verändert und regulatorische Anpassungen notwendig macht. Eine Stärkung des Europäischen Binnenmarkts ist der Schlüssel, um mit diesen gewaltigen Herausforderungen umzugehen.“

Eine echte EU-Industriepolitik, die den Pfad der Dekarbonisierung weiter geht, Rechts- und Planungssicherheit schafft sowie Bürokratie für die Unternehmen durch Digitalisierung und Bündelung vereinfacht, ist die Basis für die europäische Wettbewerbsfähigkeit.

Genau hier kann der Binnenmarkt zum Werkzeug werden, um diese Ziele zu erreichen. Hierfür braucht es klare politische Leitlinien, Investitionen und eine eigene digitale Infrastruktur in der Europäischen Union. Unsere hohen Verbraucher- und Datenschutz-, Umwelt- und Sozialstandards machen den Binnenmarkt weltweit attraktiv, was es auszubauen gilt. Das trifft auch auf die Besonderheiten Freier Berufe und ihre Qualitätsansprüche und Qualifikationen zu. Wir müssen konsequent den Übergang zur digitalisierten Kreislaufwirtschaft durch Innovation und zukunftsweisende Geschäftsmodelle vorantreiben. Um den Binnenmarkt als globales Vorbild für faire und grüne Wirtschaft zu entwickeln, müssen wir Leitmärkte schaffen und hierfür die öffentliche Beschaffung mit sozial-ökologischen Kriterien nutzen. Durch ein Update des Verbraucherschutzes können wir Verbraucherinnen und Verbraucher fit machen für den Übergang in das digitale Zeitalter.“



Svenja Hahn MdEP (Renew Europe/FDP) ist Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

„Der Binnenmarkt ist Herzstück des europäischen Projekts. Doch seit Jahren verlieren wir den Anschluss an die Weltspitze. Unter Regie von Ursula von der Leyen und tatkräftig unterstützt von einer staatsgläubigen Mehrheit im Europäischen Parlament hat die Europäische Union in den letzten fünf Jahren eine Flutwelle an Gesetzen und Berichtspflichten erlassen. Unglaubliche 13.000 neue Regulierungen zählte die EU zwischen 2019 und 2024. Um festzustellen, dass die europäische Wirtschaft – vom Selbstständigen über den Familienbetrieb bis zum Großkonzern – vor einem Bürokratie-Burnout steht, hätte man nicht auf den Draghi-Bericht warten müssen. Wer jenen zuhört, die jeden Tag hart arbeiten, um einen Beitrag für unsere Gesellschaft zu leisten, hat dies längst verstanden.“

Eine 180-Grad-Wirtschaftswende ist auch auf europäischer Ebene längst überfällig. Wir müssen unnütze Regelungen und Berichtspflichten rigoros streichen, damit unsere Unternehmen sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können, statt stapelweise Zettel auszufüllen und teure Compliance-Zertifikate zu zahlen. Deshalb erwarte ich von der Binnenmarktstrategie der EU-Kommission in erster Linie Impulse für die bessere Umsetzung geltenden Rechts und für den Abbau unnötiger Hürden und Regeln anstatt einer erneuten Welle kostspieliger Regulierungen. Damit das Versprechen des Binnenmarkts erneuert wird und wir auch in Zukunft in Wohlstand leben.“